

Planungskonferenz Nr. 1 (2011 - 2015)

des Beirates Vahr am 15. Mai 2012 in der Oberschule Kurt-Schumacher-Allee,
Kurt-Schumacher-Allee 65

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Beirat
- | | |
|------------------|-----------------------|
| Herr Siegel | Herr Kauertz |
| Herr Falkenhain | Frau Kauertz |
| Frau Früh | Frau Kößling-Schumann |
| Herr Gerkmann | Frau Markus |
| Frau Gottschlich | Herr Stein |
| Herr Gramlow | Frau Walecki |
- b) vom Ortsamt
- Frau Dr. Mathes
Frau Lüerssen
- c) als Gäste
- Frau Bernau (Schule an der Witzlebenstraße)
Frau Schumacher (Schule in der Vahr)
Frau Wagner (Schule an der Paul-Singer-Straße)
Frau Sühnwald (Elternlotsin)
Frau Ukat (Oberschule an der Carl-Goerdeler-Straße)
Herr Post-Bender, Frau Wittenberg (Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee)
Frau Fröhlich (Elternsprecherin Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee)
Frau Schulz-Rosengarten (Oberschule an der Julius-Brecht-Allee)
Frau Blankenhorn, Frau Sinter (Elternvertreterinnen der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee)
Frau Horn-Borstel (ZuP-Leiterin der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee)
Herr Schümann (Schulleiter der Schule an der Dudweiler Straße und kommissarischer Leiter des Förderzentrums Bardowickstraße)
Herr Feuser, Herr Schumacher (Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit)
Herr Krause (sachkundiger Bürger)
Frau Uebel (sachkundige Bürgerin)

Frau Dr. Mathes begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Gäste und die Mitglieder des Beirates und der Fachausschüsse. Sie bedankt sich bei Herrn Post-Bender und Frau Wittenberg, dass der Beirat seine heutige Planungskonferenz in der Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee durchführen kann.

Sie erklärt einleitend, dass die Planungskonferenzen ein neues Instrument für die Arbeit der Beiräte sind. Inhaltlich würde die Planungskonferenz durch die Stadtteilberichte unterstützt. In den Fachausschüssen des Beirates wurden diese vorab beraten. Aus den Handlungsfeldern des Stadtteilberichts Vahr wurden

verschiedene Schwerpunkte abgeleitet. Auf der heutigen Planungskonferenz wird der Themenkomplex „Bildung und Integration“ behandelt.

Herr Siegel begrüßt ebenfalls die Anwesenden und erläutert den vorgesehenen Ablauf der Planungskonferenz:

Fragestellungen des Schwerpunktes 1: „Bildung“

1. Inklusion/Grundschule/Oberschule
2. Berufliche Bildung
3. Sanierung/Umbau/Erweiterung

Fragestellungen des Schwerpunktes 2: „Integration“

zu den Konsequenzen des hohen Migrationsanteils und Bedeutung der Sprachförderung.

Schwerpunkt 1 „Bildung“

1.1 Frau Gottschlich bittet um Beantwortung der Frage, welche Standorte in der Vahr Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) erhalten, welche Ausstattung diese haben und in welchem Zeitraum sie realisiert werden sollen.

Herr Feuser erläutert hierzu¹, dass die Grundschulen In der Vahr, an der Witzlebenstraße und an der Paul-Singer-Straße sowie die Oberschulen Kurt-Schumacher-Allee und Julius-Brecht-Allee ein ZuP erhalten haben.

Die Ressourcen für die Grundschulen werden wie bisher beibehalten, - das heißt die Lehrerwochenstunden (LWS) Sonderpädagogik bleiben wie in den vergangenen Jahren entsprechend des Bedarfes erhalten.

An den Oberschulen werden in Jahrgängen 5,6,7 für die sonderpädagogische Förderung im Bereich „Lernen, Sprache, Verhalten“ jeweils 15 LWS (für 5 Schülerinnen und Schüler) bereitgestellt. Zusätzlich gehen für die sonderpädagogische Förderung im Bereich „Wahrnehmung und Entwicklung“ für eine Gruppe von 5 Schülerinnen und Schülern LWS entsprechend der Stundentafel in die Versorgung (Grundschule 26 LWS und Oberschule 31 LWS + 1 LWS Ganztage). Zusätzlich stehen für diese Gruppen eine Vollzeitassistenz, bei besonderen Bedarfen wie krankenpflegerische Bedarfe noch eine zusätzliche Vollzeitassistenz zur Verfügung.

Weiterhin stehen für die Förderung durch die ZuP der Grundschule In der Vahr 17 LWS, der Paul-Singer-Straße 33 LWS, An der Witzlebenstraße 22 LWS, an der Julius-Brecht-Allee 36 LWS, an der Kurt-Schumacher-Allee 6 LWS zur Verfügung. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sind in Vollzeit an den Grundschulen Julius-Brecht-Allee und an der Grundschule In der Vahr tätig.

Auf die Nachfrage von Frau Walecki, wie viele Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse unterrichtet werden, teilt Herr Feuser mit, dass die Schulen dies eigenständig entscheiden würden.

Auf die Nachfrage von Frau Früh, wie viel LWS pro Schülerin/Schüler berechnet werden, teilt Herr Feuser mit, dass pro Schülerin/Schüler 3 LWS angesetzt werden.

¹ Die von Hr. Feuser im Weiteren dargestellten Sachverhalte wurden dem Ortsamt und dem Beirat bereits im Vorfeld übermittelt und hier inhaltsgleich wiedergegeben.

Die Nachfrage von Herrn Siegel, ob in der 8. Jahrgangsstufe die sonderpädagogischen Bedarfe weiterhin berücksichtigt werden, wird von Herrn Feuser bejaht.

Frau Gottschlich fragt nach einem Zeitplan für eine Evaluation. Herr Feuser teilt mit, dass es bundesweit keine Verfahren oder Regeln geben würde.

Auf die Nachfrage von Frau Schumacher, wohin die LWS aus der Schule an der Bardowickstraße gehen würden, teilt Herr Feuser mit, dass die Stunden aus der Leitungszeit von den Förderzentren an die Grundschulen abgegeben werden. Frau Bernau ergänzt, dass aus der vorhandenen Leitungsstruktur Stunden an die ZuP-Leitung abgegeben werden.

Frau Wagner teilt mit, dass die Grundschule an der Paul-Singer-Straße zwei Konrektoren hat; die Aufgabe der ZuP-Leitung ist von einem der Konrektoren übernommen worden.

1.2 Herr Stein stellt die Frage, in welchem Umfang die „Inklusionskinder“ zukünftig besonders gefördert werden.

Herr Feuser antwortet, dass die Begrifflichkeit „Inklusionskinder“ in Hinblick auf die Definition des Begriffes Inklusion keine differenzierte Darstellung erfordert. Sollte die Frage sich auf die Förderung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beziehen, wird entsprechend dem Gutachten von Herrn Prof. Dr. Preuss-Lausitz und Prof. Dr. Klemm in der Berechnung davon ausgegangen, dass 6% aller Schülerinnen und Schüler einer Schule einen solchen Förderbedarf haben. Für diese Förderung stehen jeweils 3 Lehrerwochenstunden multipliziert mit dem Sozialindikator zur Verfügung. Er verweist auf die Fördermaßnahmen, die im Reader zur Planungskonferenz aufgeführten sind.²

Herr Siegel bezweifelt, dass diese Berechnung die „richtige“ Methode sei und kritisiert, dass erst in der 8. Klasse eine Feststellungsdiagnostik getroffen werden soll.

Herr Feuser bezieht sich auf das o.g. Gutachten, nach welchem die Berechnung erfolgt; das bedeutet, dass nicht alle Schulen den 6%igen Förderbedarf erhalten würden. Weiterhin sei die Verordnung, die eine Begutachtung in der 8. Klasse vorsieht, noch nicht verabschiedet.

Auf die Nachfrage von Frau Walecki nach Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrerinnen und Lehrer verweist Herr Feuser auf die Fortbildungsangebote des Landesinstituts für Schule (LIS).³

1.3 Auf die Frage von Herrn Siegel, wie Transparenz beim Übergang von der 4. in die 5. Klasse hergestellt werden kann, teilt Herr Feuser mit, dass ein flexibler Einsatz von Ressourcen notwendig ist.

1.4 Herr Siegel kritisiert aus aktuellem Anlass, dass das Angebot des Ganztagsbetriebes nur für die 5. – 7. Klassen gilt und fordert, dass in sozial benachteiligten Stadtteilen auch über die 7. Klasse hinaus ein Ganztagsangebot

² Dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

³ Siehe unter <http://www.lis.bremen.de/detail.php?gsid=bremen02.c.736.de>

bestehen müsse. Frau Wittenberg ergänzt, dass dies dringend erforderlich ist, da in der Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, von denen 2/3 einen Migrationshintergrund haben.

Herr Feuser bittet um eine Aufstellung, wie in der Oberschule an der Julius-Brecht-Allee der Ganztagsunterricht durchgeführt werden soll; er werde diese der Bildungssenatorin zur Entscheidung vorlegen.

Der Beschluss eines gemeinsamen Antrages hierzu wird in der Beiratssitzung am 19.06.2012 vereinbart werden.

2.1 Auf die Frage von Herrn Gramlow, wie der Standort an der Carl-Goerdeler-Straße im Bereich „Wahrnehmung und Entwicklung“ und im beruflichen Bereich im Einzelnen entwickelt werden, teilt Herr Schumacher⁴ mit, dass der Senat beabsichtigt, das Werkstufenkonzept für den Bremer Osten ab dem Schuljahr 2012/13 mit jeweils bis zu 4 Klassen schrittweise an den Berufsschulstandorten Carl-Goerdeler-Straße und Walliser Straße umzusetzen.

Es ist vorgesehen, zum Schuljahresbeginn 2012/13 alle neu aufzunehmenden Schülerinnen und Schüler mit den Förderbedarfen im Bereich „Wahrnehmung und Entwicklung“ zunächst in drei Klassen am Standort Carl-Goerdeler-Straße zu unterrichten. Der Bedarf einer vierten Klasse sei erst zum Schuljahr 2013/14 gegeben.

Immobilien Bremen wurde mit den Planungen für die am Standort Carl-Goerdeler-Straße notwendigen Bau- und Ausstattungsmaßnahmen beauftragt. Ein konkreter Termin für den Baubeginn kann noch nicht genannt werden. Der Senat gehe jedoch davon aus, dass alle Arbeiten termingerecht zum Schuljahresbeginn 2012/13 beendet werden. Für die Durchführung der notwendigen Bau- und Ausstattungsmaßnahmen wurden entsprechende Mittel in den Entwurf des Haushalts 2012/2013 eingestellt.

2.2 Frau Markus fragt, welche Planungen das Bildungsressort für den Standort „Förderzentrum Bardowickstraße“ und der dortigen Turnhalle anstrebt.

Herr Schumacher teilt mit, dass der Schulstandortplan 2009 gilt. Das Bildungsressort geht nach wie vor davon aus, dass der marode Standort nach dem „Auslaufen“ des Förderzentrums aufgegeben werden kann und hält insbesondere aus inhaltlichen Gründen an seiner Position fest, dass die z. Zt. im abgängigen Gebäude Sebaldsbrücker Heerstraße untergebrachten Allgemeinen Berufsschulklassen (ABS) zukünftig im Gebäude der Schule an der Dudweiler Straße beschult werden können.

Frau Dr. Mathes verweist auf den am 25.04.2012 auf einer gemeinsamen Sitzung der Fachausschüsse „Bildung, Soziales, Kultur und Sport“ des Beirates Hemelingen, „Ausschuss für Bildung, Kultur, Kindertageseinrichtungen, Umweltgestaltung und -erziehung“ des Beirates Osterholz und „Bildung und Kultur“ des Beirates Vahr am 25. April 2012 gefassten Beschluss.⁵ Weiterhin teilt sie mit, dass ihr von Immobilien

⁴ Die von Hr. Schumacher im Weiteren dargestellten Sachverhalte wurden dem Ortsamt und dem Beirat bereits im Vorfeld übermittelt und hier inhaltsgleich wiedergegeben

⁵ Im gemeinsamen Beschluss vom 25.04.2012 wird die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit gebeten, ein Entwicklungs- und Raumkonzept für den gesamten Bremer Osten bis Mitte Juni 2012 vorzulegen. Im Rahmen dieses Konzeptes sollen Standorte für die Allgemeinen Berufsschulen in Bremen entwickelt werden.

Vom Beirat Vahr wird keine Entscheidung hinsichtlich der Aufgabe des Standortes „Bardowickstraße“ erfolgen, bis dieses Entwicklungs- und Raumkonzept vorliegt.

Bremen mitgeteilt wurde, dass seit 2008 keine Begehung des Gebäudes an der Bardowickstraße stattgefunden habe.

Herr Massmann (Beirat Osterholz) unterstreicht die vielen Qualitäten, die das Gebäude hat und hält das Gebäude für denkmalwürdig. Er fordert, dass die ABS und die Werkschule im Bremer Osten verbleiben müssen.

Frau Gottschlich teilt mit, dass auf einer Sitzung des Fachausschusses „Bildung und Kultur“ Frau Lüking vom Bildungsressort mitgeteilt habe, dass das Gebäude absolut marode sei. Sie fragt, ob eine Nutzung der Turnhalle auch nach einem Verkauf der Schule möglich sei. Herr Schumacher teilt mit, dass ein Sanierungsstau vorhanden sei; bis zum Herbst 2012 soll das Schulstandortkonzept aktualisiert.

Herr Roßberg (Beirat Hemelingen) richtet einen dringenden Appell an das Bildungsressort, dass nicht rein wirtschaftliche Gründe dazu führen, dass sozial benachteiligte Kinder aus dem Bremer Osten in den Bremer Westen müssen. Das von Herrn Schumacher angesprochene Konzept müsse daher so schnell wie möglich vorgelegt werden. Frau Dr. Mathes ergänzt, dass es bei Vorlage des Konzeptes erneut eine gemeinsame Sitzung der Fachausschüsse Hemelingen, Osterholz und Vahr geben soll.

3.1 Herr Krause bittet um Beantwortung der Frage, welche Sanierungs- und Erweiterungsbauten in welchen Schulen geplant sind, sowie um eine zeitliche Einordnung dieser Maßnahmen. Herr Schumacher teilt mit, dass Sanierungs- und Bauunterhaltungsmaßnahmen an / in Schulgebäuden in der Zuständigkeit des Finanzressorts liegen. Aussagen, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren in den Vahrer Schulen durchgeführt werden (können), sind daher abhängig von den verfügbaren Mitteln und einer entsprechenden Prioritätensetzung. Aussagen über die vom Bildungsressort geplante Um- und Erweiterungsbauten stehen ebenfalls unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Mittelbereitstellung und Prioritätensetzung. Folgende Maßnahmen erfolgen kurzfristig bzw. zeichnen sich in den nächsten Jahren u.a. ab:

1. Grundschule In der Vahr:

Teilherrichtung zur Aufnahme des Mütterzentrums Vahr (2013)

Schaffung eines Serverraumes (2012)

Sanierung einer Einzeltoilette (?)

2. Grundschule Paul-Singer-Straße:

Neubau Mensa / Küche (Schuljahresbeginn 2012/13)

Sanierung / Herrichtung Pavillon 3 (Schuljahresbeginn 2012/13)

Gestaltung des Außenraums, I. BA (2012)

3. Grundschule Witzlebenstraße:

Renovierung der „Bogenklassen“ (2012)

Herrichtung des Vorklassengebäudes für Betreuungszwecke (?)

4. Förderzentrum Bardowickstraße:

Keine

5. Oberschule Julius-Brecht-Allee:

Keine

6. Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee:

Herrichtung 2. Jahrgangshaus (Schuljahresbeginn 2012/13)

Fassaden- und Fenstersanierung, I. BA (2012/13)

Herrichtung Mobilbau für Fachunterricht / Freizeitbereich (2013)

Umbau Mensa / Küche (Schuljahresbeginn 2013/14)

Gestaltung des Außenraums, II. BA (2013)

Herstellung eines barrierefreien Haupteinganges (2013)
Herrichtung 3. und 4. Jahrgangshaus (2013/14)
Fassaden- und Fenstersanierung (2013/14)
Erweiterungsbau (ab 2014)
7. Berufliche Schule für den Einzelhandel (Carl-Goerdeler-Straße)
Herrichtung zur Aufnahme der Werkstufenklassen (2013/14)
Umbau und Erweiterung (Container-Klassen) zur Aufnahme weiterer beruflicher Klassen (2013)
Frau Bernau erkundigt sich, wann mit einer Sanierung der Sporthalle der Grundschule an der Witzlebenstraße zu rechnen sei. Herr Schumacher teilt mit, dass er davon ausgehe, dass im nächsten Sanierungsprogramm die Turnhallensanierung ein Schwerpunkt sein werde.

3.2 Frau Markus fragt, welche Maßnahme die senatorische Behörde ergreift, um die räumliche Situation der Schule in der Vahr derart zu verbessern, so dass ein Ausbau als Ganztagschule möglich ist.

Frau Schumacher merkt an, dass mit dem Umzug des Mütterzentrums eine Realisierung der Ganztagschule nicht möglich sei.
Die Teilnehmer der Planungskonferenz werden Überlegungen für einen alternativen Standort für das Mütterzentrum anstellen und Vorschläge dem Ortsamt melden. Frau Markus merkt an, dass im Freizi Bispinger in der Bispinger Straße 16a evtl. Räumlichkeiten für den Betrieb des Mütterzentrums genutzt werden könnten.

3.3 Herr Stein stellt die Frage, warum die Bildungssenatorin die Erweiterung der Plätze im Grundschulbereich nicht als Schwerpunktprojekt betrachtet, obwohl drei neue Klassen in den nächsten Jahren zusätzlich benötigt werden. Er fragt, wo und mit welchen Maßnahmen die zusätzlichen Klassen und Plätze eingerichtet werden sollen. Herr Schumacher teilt mit, laut den statistischen Daten, keine Entwicklung nach „oben“ zu verzeichnen sei und daher auch nicht von der bisherigen Zügigkeit an den Grundschulen in der Vahr abgewichen werden müsse.

Schwerpunkt 2 „Integration“

2.1 Herr Siegel bittet um die Beantwortung der Frage, welche Konsequenzen und Integrationsbemühungen das Bildungsressort aus dem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in der Neuen Vahr ableitet. Herr Feuser teilt mit, dass mit dem Bremer Schulentwicklungsplan und dem neuen Schulgesetz die Strukturen dafür geschaffen worden sind, dass Schulen sich zu Orten der Vielfalt entwickeln. Die neuen Schulstrukturen und das Schulgesetz dienen sämtlich auch dazu, die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Als wichtige Entwicklungsschritte, die auch unmittelbar die Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in der Vahr verbessern können und sollen, sind zu nennen:

Gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse. Längeres gemeinsames Lernen ist erklärtes Ziel der Schulreform. In den Oberschulen lernen Schülerinnen und Schüler bis Ende der 10. Klasse gemeinsam.

Abitur auch nach 13. Jahren. Künftig gibt es mit den Oberschulen und Gymnasien nur noch zwei gleichberechtigte Schularten. In beiden kann bei entsprechenden Leistungen das Abitur abgelegt werden. Die Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit nach 12 oder nach 13 Jahren das Abitur zu absolvieren.

Kleinere Klassen und Kurse. Die Bildungsbehörde hat im Rahmen der Schulgesetznovellierung eine Verordnung erarbeitet, in der der Richtwert für Klassen- und Kursgrößen gesenkt wird.

Ausbau der Ganztagschulen. Ganztagschulen ermöglichen mehr Zeit für Lernen, Bildung und Erziehung.

Inklusion. Die Beschulung von Schülerinnen und Schülern in Förderzentren der Bereiche Lernen, Sprache und Verhalten führte in der Vergangenheit insbesondere bei Eltern mit Migrationshintergrund häufig zu Kränkungen und Widerständen. Die künftige Wahl einer integrativen Beschulung löst ein zentrales Konfliktfeld in der Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern auf.

Sprachförderung. Über die herausragende Bedeutung der deutschen Sprache als Unterrichts- und Verkehrssprache besteht Einigkeit. Alle Kinder, die Defizite in der deutschen Sprache aufweisen, sollen die Förderung erhalten, die ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme an Unterricht und Bildung ermöglicht. Aufgrund des sehr hohen Anteils dieser Schülerinnen und Schüler in bremischen Schulen kommt einer durchgängigen integrierten Sprachförderung eine herausragende Bedeutung zu, sie hat aber keineswegs nur Migrantinnen und Migranten zur Zielgruppe. Im Rahmen eines auf Nachhaltigkeit und Kontinuität gerichteten Sprachförderungskonzeptes werden zielgruppenspezifisch sprachunterstützende Maßnahmen in allen Schulformen und auf allen Schulstufen durchgeführt.

Neben dem Erwerb der deutschen Sprache wird die Bedeutung der Mehrsprachigkeit für alle Kinder und Jugendlichen anerkannt. Dies schließt die Herkunfts- oder Familiensprachen der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein. Die Bremer Schulen halten ein großes Angebot vor, um das Prinzip der Mehrsprachigkeit im Schulalltag angemessen zu verankern. Es gibt ein flächendeckendes Angebot an herkunftssprachlichem Unterricht in mehreren Sprachen über Lehrkräfte der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit. Zusätzlich werden diese Angebote durch herkunftssprachlichen Unterricht der jeweiligen Konsulate flankiert. Angebote als 2. Fremdsprachen in Türkisch, Russisch und Polnisch stellen einen weiteren Beitrag dar, die Mehrsprachigkeit von Schülerinnen und Schülern zu unterstützen.

Im März 2011 hat die Senatorin die referats- und abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe „Migration und Bildung“ eingerichtet, um die von Frau Prof. Karakasoglu vorgelegte wissenschaftliche Expertise für einen „Entwicklungsplan Migration und Bildung“ auszuwerten.

Die Deputation für Bildung hat die Einrichtung eines Unterausschusses Migration und Bildung beschlossen, der sich mit der Erarbeitung des Entwicklungsplanes beschäftigen wird.

Zur konkreten Situation in der Vahr:

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der Vahr partizipieren und profitieren uneingeschränkt von den oben beschriebenen Handlungsgrundsätzen für den Bereich Interkulturalität. Konkret sind zu nennen:

Die Schule an der Paul-Singer-Straße wurde zum Schuljahr 2011/12 zur Ganztagschule umgewandelt.

Die Oberschule an der Kurt-Schumacher-Straße wurde gegründet, um die Attraktivität der Schulen in der Sekundarstufe I weiterzuentwickeln.

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler ohne deutsche Sprachkenntnisse werden an der Schule an der Witzlebenstraße und an der ISS an der Carl-Goerdeler-Straße in Vorkursen auf einen erfolgreichen Schulbesuch in Regelklassen vorbereitet. Der

Standort an der Carl-Goerdeler-Straße wird in den kommenden Jahren an die Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee überführt.

Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit hat im Jan. 2012 die Weiterfinanzierung des erfolgreichen WIN-Projektes „Muttersprachliche Elternlotsen“ übernommen.

2.2 Frau Gottschlich bittet um Beantwortung der Frage, ob aus der Sicht der Bildungssenatorin der Sozialstrukturausgleich in der Neuen Vahr ausreichend ist, um den im Integrationskonzept des Senats formulierten Ansprüchen zu genügen und ob in Klassen mit hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund (70-90 %) zusätzliche Maßnahmen, wie beispielsweise kleinere Klassen, mehr Sozialpädagogen, zusätzliche Ausstattung mit Lehrerstunden u.a., erforderlich sind, damit die Schulausbildung erfolgreich absolviert werden kann. Herr Feuser erwidert, dass diese Frage nicht umfassend beantwortet werden kann, jedoch wäre es möglich

- a) eine Einschätzung der Relevanz der Klassengröße und
- b) Relevante Ausstattungsdaten (Klassenfrequenz und LWS je Klasse für die Vahr) zu geben.

ad a)

Im Bremer Bildungsbericht sind auf Seite 189⁶ die empirischen Befunde zur Relevanz der Klassengröße dargestellt. Hier noch einmal die zentralen Aussagen. Insgesamt ist die Befundlage zu den Auswirkungen der Klassengröße auf Lernerfolg und unterrichtsbezogene Einstellungen von Schülerinnen und Schülern, auf das Klassenklima und die Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte eher uneinheitlich:

- Es gibt Hinweise darauf, dass sich die Lehrkräfte in kleineren Klassen wohler fühlten.
- In einigen, forschungsmethodisch jedoch eher schwach einzuschätzenden Studien in Deutschland wurde eine positive Wirkung auf die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler festgestellt.
- In internationalen Studien wurde ein positiver Einfluss sehr kleiner Klassen (13-17 Schüler/innen je Klasse) auf die Leistungsentwicklung von Schülern nachgewiesen, und zwar insbesondere für Schüler/innen der unteren Klassenstufen, die sozial benachteiligt sind. Für eine langfristige Wirkung war jedoch Voraussetzung, dass die Schüler mindestens drei Jahre in einer kleinen Klasse verbleiben.
- Die meisten ernst zu nehmenden Studien (u.a. PISA- und IGLU) haben für Deutschland aber keine positiven Effekte von kleinen Klassen gezeigt, auch nicht in Grundschulen. Die Interpretation ist, dass das Potenzial kleiner Klassen auf didaktisch-methodischer Ebene zu wenig genutzt wird. Von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird ferner empfohlen, das Thema der effizienten Führung von Klassen stärker zum Gegenstand von Fortbildungen zu machen.

Über die Frage, welchen Einfluss ein durch Doppelbesetzung erreichtes günstigeres Betreuungsverhältnis (also z.B. zwei Lehrkräfte je Klasse) auf die Leistungsentwicklung der Schüler/innen hat, sind der Bildungsbehörde keine belastbaren Forschungsergebnisse bekannt.

⁶ Siehe unter

http://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Bildungsbericht_Bremen_2012_komplett.pdf

ad b)

Um die Versorgung im Planbezirk Vahr einschätzen zu können ist ergänzend zur Klassengröße auch berechnet worden, wie viele Lehrerwochenstunden für Unterricht den Klassen planmäßig zur Verfügung stehen. Datenbasis ist die Einsatzplanung der Schulen in der Schulverwaltungssoftware zum Schuljahresbeginn 2011/12 sowie die entsprechend erhobenen Schülerzahlen.

2011/12	Grundschulen		Sekundarbereich I		Anteil Inklusionsschüler an allen Schüler/innen	
	Klassenfrequenz	LWS-stunden je Klasse*	Klassenfrequenz	LWS-stunden je Klasse*	Grundschulen	Sekundarbereich I
Planbezirk Vahr	19,5	35,0	23,8	51,4	4,7%	5,3%
Stadt Bremen	20,3	33,9	24,1	39,7	4,3%	4,3%

*Lehrerwochenstunden aus Einsatzplanung daVinci/ SDP geteilt durch Klassenverbände laut Schnellmeldung

Es zeigt sich, dass

- im Grundschulbereich die Klassen im Durchschnitt um etwa 1 Schüler/in kleiner sind als im stadtweiten Durchschnitt und geringfügig auch mehr Lehrerstunden je Klasse zur Verfügung stehen
- im Sekundarbereich I hingegen sind die Klassengrößen im Planbezirk Vahr nur geringfügig unter dem stadtbremischen Durchschnitt, diesen Klassen stehen aber über 10 Lehrerwochenstunden mehr als im städtischen Durchschnitt zur Verfügung. Diese überdurchschnittlich gute Ausstattung ist vermutlich auf die überdurchschnittlich hohe Inklusionsquote in den Schulen in der Vahr zurück zu führen.

Herr Weigelt (MdB) weist auf das Konzept „Bildung und Migration“⁷ hin und ergänzt, dass die Schulen in der Vahr ganz besonders gut ausgestattet sein müssen, damit Eltern aus bildungsnahen Häusern ihre Kinder auch in der Vahr einschulen.

2.3 Herr Gramlow fragt, ob die Bildungssenatorin die Sprachkompetenz der Kinder in der 1. Klasse bzw. in der 5. Klasse als ausreichend für einen erfolgreichen Schulabschluss beurteilt wird bzw. welche zusätzlichen Maßnahmen zur Sprachförderung ergriffen werden sollen.

Herr Feuser teilt mit, dass eine entscheidende Grundlage für den Bildungserfolg das sichere Beherrschen der Unterrichts- und Bildungssprache Deutsch ist. Dabei werden im Laufe einer Bildungsbiographie zunehmend auch bildungssprachliche Fähigkeiten relevant. Die Bildungssprache ist durch Komplexität, Abstraktion und Schriftlichkeit geprägt: Strukturen und Wortschätze stellen kognitiv und sprachlich immer höhere Anforderungen. Auf die Erfüllung der im Bildungsverlauf stetig

⁷ Siehe unter <http://www.bildung.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen117.c.8747.de>

wachsenden Anforderung kann nicht immer in ausreichendem Maße vorbereitet werden, notwendig ist vielmehr eine kontinuierliche Begleitung und Unterstützung im Bildungsverlauf. Eine solche Kontinuität ist konzeptionell durch das Schularten und -Schulstufen übergreifende Sprachbildungskonzept der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit angelegt (derzeit im Beteiligungsverfahren). Koordinatoren der Sprachbildung und -förderung sind die sog. Sprachberaterinnen und -berater in den Grundschulen (seit 2009/10) und im Sekundarbereich I der Oberschulen und der Gymnasien (seit 2010/11) der Stadtgemeinde Bremen. Sie sind Mitglied des jeweiligen ZuP und stehen in ihren Schulen als zentrale Ansprechpersonen in Fragen der Sprachbildung zur Verfügung. Sie erfüllen somit konzeptionelle, kooperierende sowie qualitätssichernde Aufgaben. Sprachberaterinnen und -berater sind darüber hinaus auch für den Transfer förderrelevanter Informationen verantwortlich und ermöglichen auf diese Weise eine systematische Weiterführung von Fördermaßnahmen im Bildungsverlauf. Sie werden mit einer Entlastung vom Unterrichtsdeputat ausgestattet und sind in den Bereichen Förderung und Diagnostik von Sprachkompetenzen (Sprechen, Zuhören, Schreiben und Lesen) sowie im Hinblick auf sprachwissenschaftliche und didaktisch-methodische Grundlagen des Erst- und Zweitspracherwerbs durch ein spezielles Qualifizierungsangebot des Landesinstituts für Schule (LIS) fortgebildet. Neben der beschriebenen konzeptionellen Realisierung werden zahlreiche weitere Maßnahmen umgesetzt, die über die curricular angelegte Entwicklung von sprachlichen Kompetenzen im schulischen Unterricht hinausgehen.

Der Sprecher:

Die Vorsitzende:

Die Protokollführerin:

Siegel

Dr. Mathes

Lüerssen